



Arbeitswissen zum Lernmodul: Europa-Konzepte

Europa als politische Union

Als politische Union soll die EU ein Zusammenschluss von Staaten sein, die versuchen ihre Politik aufeinander abzustimmen, um gemeinsam stärker zu werden. Gemeinsamkeit erfordert aber auf der anderen Seite, dass jeder ein Stück weit auf seine Unabhängigkeit verzichtet. Die politische Union wurde und wird daher in der EU nur schrittweise auf- und ausgebaut und ist für viele noch zu wenig weit entwickelt.



„Familienfoto“ der Staats- und Regierungschefs auf einem EU-Gipfeltreffen
Quelle: Audiovisual Library © European Commission 2006

Das Europa der Staaten

Wenn vom Konzept einer „politischen Union“ die Rede ist, wird Europa vor allem als ein Zusammenschluss von Staaten betrachtet. Das Bild zeigt die Staats- und Regierungschefs, die sich im Rahmen eines EU-Gipfeltreffens zum typischen „Familienfoto“ versammelt haben. Gipfeltreffen finden mehrmals im Jahr statt und sind dazu da, auf höchster politischer Ebene strittige Fragen der EU-Politik zu klären sowie allgemeine politische Leitlinien zu vereinbaren. Das „Familienfoto“ stellt die EU als Rahmen für die Zusammenarbeit von Staaten bildlich dar, und soll deren Einigkeit und Zusammengehörigkeit vermitteln – eben wie in einer großen Familie.

Die gemeinsame Außenpolitik

In den 1950er Jahren haben die sechs Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschlossen, schrittweise Importbeschränkungen untereinander abzubauen und so ihre Volkswirtschaften stärker zu integrieren. Schon damals war man aber auch der Meinung, dass darüber hinaus auch eine stärkere politische Zusammenarbeit nötig wäre, also gemeinsame Entscheidungen der Staaten in wichtigen Politikbereichen.

Als besonders „politischer“ Bereich – im Gegensatz zur Wirtschaft – wurde von Beginn an die Außenpolitik verstanden. Bis heute gilt sie als Kernbereich einer „politischen Union“. Denn gerade in diesem Bereich wollen die Staaten traditionell am wenigsten Kompetenzen abgeben, wollten ihre Politik unabhängig gestalten. Umgekehrt war es PolitikerInnen klar, dass eine gemeinsame, untereinander abgestimmte „europäische“ Außenpolitik viel wirkungsvoller sein könnte als nationale Alleingänge. Wenn Europa ein „global player“ sein soll, so heißt es heute, müssen die Staaten Machtbefugnisse auf die gemeinsamen EU-Institutionen übertragen.

Mehr Europa wagen

Neben der Außenpolitik, die in den vergangenen dreißig Jahren schrittweise auf EU-Ebene aufgebaut wurde, gibt es aber auch andere Bereiche, in denen eine stärkere Zusammenarbeit gewünscht wurde, z.B. Verteidigung und Rüstung, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Asyl- und Einwanderungspolitik. All diese Bereiche gehören traditionell zum Kernbereich der selbständigen nationalen Politik (der nationalen „Souveränität“), in allen werden aber auch Gründe vorgebracht, warum mehr europäische Zusammenarbeit für die Beteiligten nützlich sein könnte.

Für die Staaten ergibt sich daraus eine schwierige Entscheidung: Wenn sie „mehr Europa“ wollen, müssen sie auf der anderen Seite ihre eigene Macht und Unabhängigkeit einschränken, denn nur dann ist eine gemeinsame Politik auf EU-Ebene möglich.

Das Leitbild der „Vertiefung“

Der Aufbau der politischen Union kann auch als Aspekt der „Vertiefung“ europäischer Integration gesehen werden: Seit den 1980er Jahren haben die Mitgliedsstaaten die vertraglichen Grundlagen der europäischen Institutionen wiederholt neu verhandelt. So wurden der EU Zuständigkeiten in weiteren Politikbereichen eingeräumt. Auch das so genannte nationale „Veto“ wurde zurückgedrängt, d.h. in einer wachsenden Zahl von Bereichen wird nicht einstimmig, sondern mit „qualifizierter Mehrheit“ entschieden. Zugleich wuchsen die Mitentscheidungs- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments stetig an.

Kritik und Visionen

In diesem Zusammenhang wurde allerdings auch Kritik am Konzept der „politischen Union“ geäußert: Europa sei bürgerfern und undemokratisch. Macht und Unabhängigkeit solle daher nicht an „Brüssel“ abgegeben werden, sondern auf nationaler Ebene verbleiben, wo das eigene Volk das Sagen hat. Europa dürfe nicht über kleine Länder „drüberfahren“, heißt es gerade in Österreich oft. Aber es gibt auch andere Stimmen, die „mehr Europa“ fordern, wenn auch für neue Ziele: Europa müsse eine Sozialunion werden, heißt es zum Beispiel. Und dafür brauche die EU eben mehr Kompetenzen in Wirtschafts- und Sozialpolitik. Oder aber, es wird für eine Demokratisierung der Union eingetreten, sodass nicht mehr die Staats- und Regierungschefs (in der Regel Männer, siehe das obige Bild) im Zentrum stehen, die eifersüchtig ihre Macht gegen Brüssel verteidigen, sondern ein starkes europäisches Parlament, gewählt vom „europäischen Volk“.

Pro und Kontra zum Konzept der Wirtschaftsunion

Pro

Viele Probleme sind grenzüberschreitend und können gar nicht von einem einzelnen Staat gelöst werden. Gerade für die vielen kleinen Staaten in Europa ist daher eine starke europäische Zusammenarbeit wichtig. In der EU wird diese Zusammenarbeit fair und wirkungsvoll organisiert, zum Nutzen aller.

Europa muss in der internationalen Politik viel mehr mit einer Stimme sprechen, damit es ernst genommen wird und gegen die anderen Weltmächte bestehen kann. Österreich sollte sich hier viel mehr einbringen. Die Neutralität entstand in der Zeit des Kalten Kriegs. Heute ist sie nicht mehr sinnvoll.

In der reinen Regierungszusammenarbeit haben die großen Länder das Sagen. Je mehr Integration, umso besser für die kleinen Länder, denn dann wird die Politik mehr durch die Europäische Kommission gemacht als durch die Regierungen. Österreich sollte sich daher für eine Vertiefung der politischen Union einsetzen.

Kontra

Die EU wird in Wahrheit von den großen Ländern wie Frankreich und Deutschland regiert. Auch wenn in wichtigen Bereichen der EU-Politik alle Staaten zustimmen müssen: Kleine Länder wie Österreich können es sich gar nicht leisten, gegen die Großen zu stimmen. Deshalb sollten möglichst wenige Zuständigkeiten auf die EU-Ebene übertragen werden.

Über Bereiche wie Außen- und Verteidigungspolitik sollte nur das eigene Volk auf demokratische Weise bestimmen. Warum sollten österreichische SoldatInnen ihr Leben für die Politik anderer Länder riskieren? Mit der Neutralität sind wir immer gut gefahren. Wir sollten dabei bleiben.

Die politische Union geht in die falsche Richtung: militärische Aufrüstung, Abschottung nach Außen gegen Flüchtlinge, Polizei und Überwachung der BürgerInnen... – Statt einer Union der Staaten muss Europa demokratischer werden und mehr für die Menschen tun.

Quellen:

Krzyżanowski, Michal / Oberhuber, Florian, (Un)Doing Europe: Discourse and Practices in Negotiating the EU Constitution, Brüssel u.a. 2007.

Mittag, Jürgen, Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart. Münster 2008.

Saurwein, Florian u.a., Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit: Mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik und der veröffentlichte Diskurs über die EU-Erweiterung, Wien 2006.

Schaller, Christian, Österreichs Weg in die Europäische Union – E(W)G/EU-Diskurs in Österreich, in: Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1997, S. 53–62.

Spohn, Willfried / Minkenberg, Michael, Nation and Europe in the Austrian Public Sphere. An Analysis of Media and Political Party Discourses in 2000-2002, EURONAT Projektbericht, Florenz 2002.